

## **Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit dem schon mehrfach angesprochenen Comprehensive Peace Agreement von Nairobi wurde ein 20 Jahre währender Bürgerkrieg formell beendet. Angesichts der Dauer des Krieges, der zu einer kaum beschreibbaren humanitären Katastrophe mit zwei Millionen Toten und vier Millionen Binnenvertriebenen geführt hat, stellt das Friedensabkommen zweifelsfrei einen Erfolg dar. Ich glaube, jedem, der sich mit der Sache befasst hat, ist bewusst, dass dieses Friedensabkommen nur zustande gekommen ist, weil die Vereinten Nationen mit dem UNMIS-Mandat klare Unterstützung auch mit militärischer Komponente zugesagt haben. Ansonsten könnten wir davon ausgehen, weiter jeden Tag Tod, Mord und Plünderungen im Südsudan zu erleben. Ich glaube, das kann niemand in diesem Hohen Hause wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen auch, dass das Friedensabkommen allein noch nicht bedeutet, dass im Südsudan materiell Frieden eingetreten ist. Deshalb fordern wir - das ist ein Kern der Auseinandersetzung, mit der wir es zu tun haben -, dass im Vordergrund steht, zivile Aufbauhilfe für den Südsudan zu leisten. Dies geschieht auch; das haben wir mit eigenen Augen erlebt. Aber sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie in einem Klima der Sicherheit stattfindet. Für diese Sicherheit ist das UNMIS-Mandat aus meiner Sicht nach wie vor erforderlich. Ansonsten würde UNMIS dort versagen. Das wäre ein Versagen der Völkergemeinschaft, eine Kapitulation vor Völkermord und anderem. Ich glaube, wir haben lange genug weggeschaut; das dürfen wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat vor drei Monaten den Südsudan besucht. Wir haben feststellen können, dass es dort zwar vorangeht, dass wir aber in der Tat von stabilen Verhältnissen noch sehr weit entfernt sind. In der Zeit, in der wir dort gewesen sind, sind in einem Nachbarort von Dschuba durch Überfälle von Rebellen neun russische Aufbauhelfer getötet worden. Ich glaube, in dieser Situation davon zu sprechen, man könne dort nur und ausschließlich Aufbauhilfe leisten, ohne gleichzeitig für die Sicherheit der Menschen zu sorgen, ist einer der größten Fehler, die man sich überhaupt vorstellen kann. Dann gehen die Menschen nämlich nicht mehr dorthin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind auch mit Vertretern der südsudanesischen Regierung, mit Parlamentariern und mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammengetroffen. Wenn man mit diesen Menschen redet, dann bekommt man einen anderen Eindruck als den, der hier zum Teil vermittelt werden soll. Eines ist völlig klar: Uns wu den viel Lob und Dank für das deutsche Engagement entgegengebracht, verbunden mit der Bitte, dort zu bleiben, weiterzumachen und mit der internationalen Völkergemeinschaft für dauerhaften Frieden zu sorgen. Mein Eindruck ist - das ist der Eindruck aller Ausschussmitglieder; ich glaube, auch des Kollegen der Linksfraktion -, dass im Südsudan in bestimmten Bereichen durchaus eine Aufbruchstimmung vorhanden ist. Der Südsudan hat sich eine fortschrittliche Agenda zum Ziel gesetzt. Das Friedensabkommen von Nairobi sieht einen Quasistaat Südsudan mit einer weit reichenden Autonomie vor. Entscheidende Teile des Friedensabkommens wurden auch umgesetzt, zum Beispiel die Verabschiedung der Verfassung. Diese Verfassung enthält Elemente aus einem modernen Grundrechtekatalog, von denen viele westliche Demokratien nur träumen können. Wir sollten entsprechende Anstrengungen, diese Verfassung zu implementieren, massiv unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Menschenrechtssituation hat sich gerade im Vergleich zum immer wieder angesprochenen Konflikt in Darfur deutlich verbessert, wenn auch das Niveau, was die Menschenrechte betrifft, noch nicht ausreichend ist. Wir konnten aber zu der Feststellung gelangen, dass zumindest der Südsudan auf einem guten und richtigen Weg ist. Unterstützung ist notwendig, damit die jahrzehntelang marginalisierte Bevölkerung in dieser Region endlich Zugang zu dem bekommt, was sie am dringendsten braucht, nämlich Zugang zu einem funktionierenden Gesundheits- und Bildungssystem. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Einige Vorstellungen ließen sich leider nicht umsetzen. Es ist schon angesprochen worden, dass sich der Aufbau jeglicher Infrastruktur noch nahezu am Nullpunkt befindet. Das Land ist nach wie vor zerstört. Die Entwaffnung und die Wiedereingliederung der Milizen müssen entschiedener vorangetrieben werden. Viele junge Menschen in diesem Land - das muss man sich einmal vorstellen - haben in ihrem Leben bislang nichts anderes als den Dienst an der Waffe erlebt. Die Waffe war für sie das, was für andere die Familie ist. Man muss daher dafür sorgen, dass es eine Kompensation gibt, damit die Menschen in Frieden leben können. Die Entwaffnung kann eben nicht nur mit zivilen Organisationen und mit zivilen Mitteln durchgeführt werden. Auch dafür brauchen wir weiterhin die UNMIS-Mission, an der die Bundeswehr beteiligt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir müssen des Weiteren die Feststellung treffen, dass der Aufbau im Südsudan mit einer zarten Pflanze zu vergleichen ist. In diesem krisengeschüttelten Umfeld ist nach wie vor nichts sicher. Die Bundeswehr leistet - das ist meine feste Überzeugung; sie steht im Gegensatz zu dem, was Sie verbreiten - dort keinen Beitrag zu einem Krieg. Wer die Meinung vertritt, dass sich deutsche Außenpolitik in der letzten Zeit ausschließlich an Bundeswehreinmärschen orientiert, der verbreitet Propaganda, die hier nicht hingehört. Die Bundeswehr unterstützt den Aufbau einer zivilen Gesellschaft. Eine solche Politik brauchen wir und sie ist - davon bin ich fest überzeugt - ohne die Bundeswehr nicht möglich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig: Es gibt die Verknüpfungen zum Darfurkonflikt. Wer in den letzten Jahren vor Ort gewesen ist, der kann nicht begreifen, wie man nicht der Auffassung sein kann, dass die internationale Staatengemeinschaft mit massiven Kräften einen Völkermord verhindern muss. Auch hier haben wir zivile Komponenten in die Diskussion gebracht. Es ist wichtig, unter Menschenrechtsaspekten noch folgenden Punkt anzusprechen. Es gibt nach wie vor - auch Deutschland ist daran sehr aktiv beteiligt - die angekündigten Maßnahmen des Internationalen Strafgerichtshofs. Wer sagt, wir dürfen ausschließlich mit Gesprächen Herrn al-Baschir dazu zwingen, sich anders zu verhalten, der kennt Herrn al-Baschir nicht richtig. Die Verhandlungen mit sudanesischen Regierungstruppen, die wir geführt haben, zeigen, dass es nur mit Druck geht. Deswegen muss auch mit deutscher Hilfe die Strafandrohung durch den ICC aufrechterhalten werden. Das ist eine klare Bewährungsprobe für den Internationalen Strafgerichtshof. Wenn er an dieser Stelle versagt, dann wird das internationale Gewaltmonopol der Vereinten Nationen in noch weitere Ferne rücken, als es ohnehin schon der Fall ist. Ich bin unter Menschenrechtsaspekten voller Überzeugung der Meinung, dass das UNMIS-Mandat in der vorgesehenen Form verlängert werden muss.

Herzlichen Dank.